Gesetz- und Verordnungsblatt

Berlin

Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin · Herausgeber: Senatsverwaltung für Justiz

64. Jahrgang Nr. 27 Berlin, den 1. November 2008 A 3227 A

Inhalt

22. 10. 2008 **Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner Juristenausbildungsgesetzes** 290
316-1

22. 10. 2008 **Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeit der Berliner Gerichte** 291
300-1

22. 10. 2008 **Achtes Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes** 292
2020-1; 2001-5; 2120-7

22. 10. 2008 **Achtes Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften (8. Aufhebungsgesetz)** 294
1102-1-a; 111-5; 1141-5; 1141-6; 2001-3; 2001-6; 2010-4; 2022-1; 2022-1-a; 2030-1-c; 2030-1-g; 2030-1-j; 2030-1-l; 2030-1-o; 2030-1-q; 2030-1-r; 2030-1-4b; 2030-1-4c; 2030-1-9-a; 2030-1-9-b; 2030-1-9-c; 2030-2-f; 2030-2-2-a; 2030-2-20; 2030-2-31-a; 2030-2-35-a; 2030-2-40; 2030-2-47; 2030-2-51; 2030-2-64; 2030-3-2; 2031-1-a; 2032-1-a; 2032-1-b; 2032-1-g; 2032-1-k; 2032-1-4; 2034-1; 2035-1-d; 2035-1-e; 2039-1; 204-1; 2120-8-a; 2120-8-b; 2128-5; 214-2; 214-2-1; 214-2-2; 2162-2-a; 2162-4; 2162-7; 2170-1; 2183-1; 2183-1-1; 2191-3; 220-4; 220-6; 221-11-12; 221-14; 221-17; 221-19; 221-20; 221-20-2; 221-21; 2230-1-g; 2230-1-4; 2230-1-7-a; 2230-1-29; 2230-1-41; 2230-3; 2230-4a; 2230-4-2; 2230-4-3; 2230-5; 2232-1-c; 2232-1-e; 2232-1-f; 2232-1-7; 224-6; 224-7-a; 233-1; 27-2-a; 304-2-a; 310-1; 311-1-a; 311-1-b; 311-1-c; 312-1-a; 314-5; 316-1-3; 3210-9; 400-1; 404-3; 404-3-1; 6110-1; 630-7; 630-9; 702-1; 7138-5; 753-1-4; 762-2-a; 762-3; 7831-18; 790-1; 8053-1-1; 930-5

18. 9. 2008 Verordnung über die Verlängerung der Veränderungssperre 11-37/14 im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Friedrichsfelde 297

7. 10. 2008 Verordnung über die angemessene Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) für das Jahr 2009 298
27-1-10

14. 10. 2008 Verordnung über die Verlängerung der Veränderungssperre 3-12/2 im Bezirk Pankow, Ortsteil Weißensee . . . 299

16. 10. 2008 Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB für das Gebiet Krugpfuhlsiedlung im Bezirk Neukölln von Berlin, Ortsteil Britz 300
2130-3-114

16. 10. 2008 Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB für das Gebiet Ortskern Rudow im Bezirk Neukölln von Berlin, Ortsteil Rudow 302
2130-3-115

21. 10. 2008 Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans 7-17 im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Schöneberg 304

29. 10. 2008 Verordnung über die Verlängerung der Veränderungssperre 11-38/17 im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Fennpfuhl 305

Bitte beachten Sie die Mitteilung auf Seite 307

Erstes Gesetz

zur Änderung des Berliner Juristenausbildungsgesetzes

Vom 22. Oktober 2008

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Das Berliner Juristenausbildungsgesetz vom 23. Juni 2003 (GVBl. S. 232), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 9. Juni 2004 (GVBl. S. 237), wird wie folgt geändert:

1. § 17 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Satz 4 wird wie folgt gefasst:
      „Zur mündlichen Prüfung wird zugelassen, wer:
      1. bei Erreichen eines Punktdurchschnitts von 3,50 Punkten in der schriftlichen Prüfung in mindestens vier Aufsichtsarbeiten jeweils mindestens 4 Punkte erhalten hat oder
      2. bei Erreichen eines Punktdurchschnitts von 4,00 Punkten in der schriftlichen Prüfung in mindestens drei Aufsichtsarbeiten jeweils mindestens 4 Punkte erhalten hat.“
   b) Es werden folgende Sätze 5 und 6 angefügt:
      „Kandidatinnen und Kandidaten, die keine dieser Voraussetzungen erfüllen, sind von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen und haben die Prüfung nicht bestanden. § 7 Abs. 1 Satz 5 findet Anwendung.“
2. § 24 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Nummer 3 wird wie folgt geändert:
      aa) Es wird folgender neuer Buchstabe h eingefügt:
         „h) die Wiederholung der zweiten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung,“
      bb) Der bisherige Buchstabe h wird Buchstabe i.
   b) In Nummer 6 werden nach dem Wort „Widerspruchsverfahren“ die Worte „und für die Wiederholung der Prüfungen zur Notenverbesserung in der zweiten juristischen Staatsprüfung“ eingefügt und die Angabe „zuletzt geändert durch Artikel II § 6 Abs. 1 des Gesetzes vom 15. April 1996 (GVBl. S. 126)“ wird durch die Angabe „zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 2006 (GVBl. S. 713)“ ersetzt.
3. Dem § 25 wird folgender Absatz 5 angefügt:
   „(5) § 17 Abs. 1 Satz 4 findet erstmals auf Kandidatinnen und Kandidaten Anwendung, die in dem auf das Inkrafttreten des Ersten Gesetzes zur Änderung des Berliner Juristenausbildungsgesetzes vom 22. Oktober 2008 (GVBl. S. 290) folgenden Examensdurchgang den schriftlichen Teil der zweiten juristischen Staatsprüfung beginnen. Auf diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten, die den schriftlichen Teil in einem früheren Examensdurchgang begonnen haben, findet § 17 Abs. 1 Satz 4 in der vor Inkrafttreten des genannten Gesetzes geltenden Fassung Anwendung.“

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 22. Oktober 2008

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter Momper

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus Wowereit

Zweites Gesetz

zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeit der Berliner Gerichte

Vom 22. Oktober 2008

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Das Gesetz über die Zuständigkeit der Berliner Gerichte in der Fassung vom 12. Mai 1995 (GVBl. S. 314), geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 12. Oktober 2000 (GVBl. S. 444), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:
      „(1) Die Amtsgerichte sind zuständig:
      1. das Amtsgericht Charlottenburg
         für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf,
      2. das Amtsgericht Neukölln
         für den Bezirk Neukölln,
      3. das Amtsgericht Schöneberg
         für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf und den ehemaligen Bezirk Schöneberg,
      4. das Amtsgericht Spandau
         für den Bezirk Spandau,
      5. das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg
         für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und den ehemaligen Bezirk Tempelhof,
      6. das Amtsgericht Tiergarten
         für den ehemaligen Bezirk Tiergarten,
      7. das Amtsgericht Wedding
         für den Bezirk Reinickendorf und den ehemaligen Bezirk Wedding,
      8. das Amtsgericht Pankow/Weißensee
         für die ehemaligen Bezirke Pankow und Weißensee,
      9. das Amtsgericht Lichtenberg
         für die Bezirke Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf,
      10. das Amtsgericht Köpenick
         für den Bezirk Treptow-Köpenick,
      11. das Amtsgericht Mitte
         für die ehemaligen Bezirke Mitte und Prenzlauer Berg.

      Ehemalige Bezirke sind die vor dem 1. Januar 2001 bestehenden Bezirke in ihren damaligen Grenzen. Nach dem 1. Januar 2001 erfolgte Änderungen der Grenzen der Bezirke ändern die Zuständigkeit derjenigen Gerichte, deren Bezirke betroffen sind.

      (2) Die Amtsgerichte haben ihren Sitz innerhalb ihres Gerichtsbezirks.“
   b) In Absatz 3 wird das Wort „Verwaltungsbezirk“ durch das Wort „Bezirk“ ersetzt.
   c) Absatz 4 wird aufgehoben.
2. Es wird folgender neuer § 4 eingefügt:

   „§ 4

   Abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und 9 sind bis zum 30. Juni 2010 das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg für die ehemaligen Bezirke Tempelhof und Kreuzberg und das Amtsgericht Lichtenberg zusätzlich für den ehemaligen Bezirk Friedrichshain zuständig.“
3. Der bisherige § 4 wird § 5.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Berlin, den 22. Oktober 2008

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter Momper

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus Wowereit

Achtes Gesetz

zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes

Vom 22. Oktober 2008

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes

Das Bezirksverwaltungsgesetz in der Fassung vom 14. Dezember 2005 (GVBl. 2006 S. 2), zuletzt geändert durch § 7 Abs. 1 des Gesetzes vom 22. Oktober 2007 (GVBl. S. 549), wird wie folgt geändert:

1. § 34 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 wird das Wort „fünf“ durch das Wort „vier“ ersetzt.
   b) In Satz 2 wird das Wort „drei“ durch das Wort „zwei“ ersetzt.
2. § 36 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) In Buchstabe m wird der abschließende Punkt durch ein Semikolon ersetzt.
      bb) Nach Buchstabe m wird der folgende Buchstabe n angefügt:
         „n) die Organisation des Bezirksamts.“
   b) In Absatz 3 wird die Angabe „b, c, g, k und l“ durch die Angabe „b, c, g, k, l und n“ ersetzt.
3. § 37 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
      „(1) Die Gliederung des Bezirksamts ergibt sich aus der Anlage zu diesem Gesetz. Der Senat wird ermächtigt, nach Beratung mit dem Rat der Bürgermeister die Gliederung des Bezirksamts durch Rechtsverordnung abweichend von der Anlage zu Satz 1 zu regeln. Zur Steigerung der Effizienz oder bei der Reduzierung von Aufgaben können verschiedene Serviceeinheiten innerhalb eines Bezirks zusammengelegt werden.“
   b) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.
   c) Der bisherige Absatz 4 wird der neue Absatz 2 und wie folgt gefasst:
      „(2) Die Bürgerämter werden als zentrale Anlaufstellen für alle Anliegen der Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Dort sollen die in der Bezirksverwaltung nachgefragten Dienstleistungen zusammengefasst und abschließend bearbeitet werden. Zusätzliche Behördengänge sollen vermieden werden. Der Senat kann durch Verwaltungsvorschriften die in jedem Bürgeramt mindestens zu erledigenden Aufgaben bestimmen. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist zulässig, soweit dies zur Wahrnehmung der Aufgaben durch das Bürgeramt erforderlich ist. Der Umfang der zu verarbeitenden Daten richtet sich nach den für die jeweilige Aufgabe geltenden Befugnisregelungen.“
   d) Der bisherige Absatz 5 wird der neue Absatz 3.
   e) Absatz 6 wird aufgehoben.
   f) Der bisherige Absatz 7 wird der neue Absatz 4 und wie folgt gefasst:
      „(4) Für Angelegenheiten, bei denen in der Regel ordnungsrechtliche Genehmigungen von mehreren Stellen eingeholt werden müssen, wird eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle eingerichtet, die auch die zügige und widerspruchsfreie Bearbeitung fördert und die Einhaltung der Bearbeitungsfristen überwacht. Absatz 3 Satz 5 und 6 gilt entsprechend.“
   g) Der bisherige Absatz 8 wird der neue Absatz 5 und wie folgt gefasst:
      „(5) Der Steuerungsdienst berät und unterstützt das Bezirksamt und jedes seiner Mitglieder.“
   h) Der bisherige Absatz 9 wird der neue Absatz 6 und wie folgt gefasst:
      „(6) Das Bezirksamt bildet aus den Fachämtern und Serviceeinheiten fünf Geschäftsbereiche (Abteilungen), denen auch die sonstigen Organisationseinheiten und Beauftragten zugeordnet werden. Der Steuerungsdienst und das Rechtsamt werden dem Geschäftsbereich des Bezirksbürgermeisters zugeordnet.“
   i) Der bisherige Absatz 10 wird der neue Absatz 7 und wie folgt gefasst:
      „(7) Zielvereinbarungen schließt das für das jeweilige Amt zuständige Mitglied des Bezirksamtes entsprechend § 38 Abs. 2 ab."
4. Nach § 50 wird folgende Anlage angefügt:

„Anlage (zu § 37 Abs. 1 Satz 1):

Das Bezirksamt gliedert sich unterhalb der Ebene der Geschäftsbereiche (Abteilungen) in die nachfolgend genannten Organisationseinheiten.

I. Fachämter:
   1. ‚Amt für Bürgerdienste‘ mit den Aufgabenstellungen:
      – Bürgerämter
      – Standesamt
      – Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
      – Wohngeld
      – Wahlen
   2. ‚Jugendamt‘ mit den Aufgabenstellungen:
      – Aufgaben des Jugendamtes (Fachberatung, allgemeine Förderung von jungen Menschen und ihren Familien, familienunterstützende Hilfen, fachbereichsübergreifende Jugendhilfe)
      – Kindertagesbetreuung (einschließlich Kita-Eigenbetrieb)
   3. ‚Amt für Soziales‘ mit den Aufgabenstellungen:
      – Betreuungsbehörde und Soziale Dienste
      – Materielle Hilfen
      – Durchführung der Leistungen des kommunalen Trägers gemäß SGB II und AG-SGB II (JobCenter)
   4. ‚Amt für Weiterbildung und Kultur‘ mit den Aufgabenstellungen:
      – Volkshochschule
      – Musikschule
      – Bibliotheken
      – Kultur
      – Heimatmuseum
   5. ‚Stadtentwicklungsamt‘ mit den Aufgabenstellungen:
      – Stadtplanung
      – Bau- und Wohnungsaufsicht
      – Vermessung (einschließlich Liegenschaftskataster und Wertermittlung)
      – Denkmalschutz
      – Quartiersmanagement

6. ‚Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt‘ mit den Aufgabenstellungen:
   - Tiefbau (Straßenplanung, Straßenneubau, Straßenunterhaltung, Straßenaufsicht)
   - Straßenverwaltung (ohne straßenverkehrsbehördliche Aufgaben)
   - Unterhaltung und Neubau von Grün- und Freiflächen einschließlich Friedhöfe und Kleingärten
   - Landschaftsplanung
7. ‚Ordnungsamt‘ mit den Aufgabenstellungen:
   - Ordnung im öffentlichen Raum (einschließlich verhaltensbedingten Lärms und Parkraumbewirtschaftung und -überwachung)
   - Gewerbe (Wirtschaftsordnung, einschließlich Märkte)
   - Straßenverkehrsbehörde
   - Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
   - Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle nach § 37 Abs. 4
8. ‚Gesundheitsamt‘ mit den Aufgabenstellungen:
   - Gesundheitsschutz und -aufsicht
   - Gesundheitsschutz und -förderung für Erwachsene
   - Gesundheitsschutz und -förderung für Kinder
   - Spezielle gesundheitliche Hilfen für Menschen mit Behinderungen
9. ‚Umwelt- und Naturschutzamt‘ mit den Aufgabenstellungen:
   - Umweltplanung, -beratung und -information
   - Umweltordnungsaufgaben (ohne verhaltensbedingten Lärm)
   - Natur- und Artenschutz
10. ‚Schul- und Sportamt‘ mit den Aufgabenstellungen:
   - Schulträgerschaft
   - Förderung des Sports

II. Serviceeinheiten:
1. ‚Serviceeinheit Finanzen‘ mit den Aufgabenstellungen:
   - Haushalts- und Stellenplanung und -wirtschaft
   - Kassenwesen
2. ‚Serviceeinheit Personal‘ mit den Aufgabenstellungen:
   - Personalverwaltungsservice
   - Personalentwicklungsservice
3. ‚Serviceeinheit Facility Management‘ mit den Aufgabenstellungen:
   - Kaufmännische und technische Immobilien- und Gebäudeverwaltung
   - Hochbauservice
   - Innere Dienste (Dienstpost, Vervielfältigungen, Fernmeldeangelegenheiten, Beschaffungen, Anlagenbuchhaltung)
   - IT-Service

III. Sonstige Organisationseinheiten:
1. ‚Rechtsamt‘
2. ‚Steuerungsdienst‘
3. ‚Sozialraumorientierte Planungskoordination‘
4. ‚Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes‘
5. ‚Pressestelle‘
6. ‚Wirtschaftsförderung‘ nach § 37 Abs. 3

IV. Beauftragte:
1. ‚Datenschutzbeauftragte‘ oder ‚Datenschutzbeauftragter‘
2. ‚Behindertenbeauftragte‘ oder ‚Behindertenbeauftragter‘
3. ‚Integrationsbeauftragte‘ oder ‚Integrationsbeauftragter‘
4. ‚Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte‘
5. ‚EU-Beauftragte‘ oder ‚EU-Beauftragter‘
6. ‚Beauftragte für Partnerschaften‘ oder ‚Beauftragter für Partnerschaften‘ “

Artikel II

Änderung des Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetzes

In § 3 Abs. 3 des Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 2005 (GVBl. 2006, S. 10), das zuletzt durch Gesetz vom 10. Mai 2007 (GVBl. S. 194) geändert worden ist, werden die Worte „und dem Bezirksverwaltungsgesetz“ sowie der Satzteil „ ‚insbesondere zur Gliederung der Behörden,“ gestrichen.

Artikel III

Änderung des Gesundheitsdienst-Gesetzes

Das Gesundheitsdienst-Gesetz vom 25. Mai 2006 (GVBl. S. 450) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:
   „2. den zuständigen Ämtern der Bezirke und“.
2. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 werden die Worte „Die für Gesundheit zuständigen Organisationseinheiten“ durch die Worte „Die Gesundheitsämter“ ersetzt.
   b) In Satz 2 werden die Worte „der Organisationseinheit Gesundheit“ durch die Worte „des Gesundheitsamtes“ ersetzt.

Artikel IV

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Beginn der 17. Wahlperiode in Kraft.

Berlin, den 22. Oktober 2008

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter M o m p e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus W o w e r e i t

Achtes Gesetz

zur Aufhebung von Rechtsvorschriften
(8. Aufhebungsgesetz)

Vom 22. Oktober 2008

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Aufhebung von Rechtsvorschriften

§ 1

Die in der Anlage zu diesem Gesetz aufgeführten Rechtsvorschriften werden aufgehoben, soweit sie nicht schon früher ihre Gültigkeit verloren haben.

§ 2

Die Rechtsvorschriften bleiben auch für die Zukunft auf Rechtsverhältnisse und Sachverhalte anwendbar, die während der Geltung der Vorschriften ganz oder zum Teil bestanden haben oder entstanden sind.

Artikel II

Anpassung einer Rechtsvorschrift an den Euro

Das Strafrechtsanpassungsgesetz vom 26. November 1974 (GVBl. S. 2746) wird wie folgt geändert:

1. In Artikel V wird die Angabe „tausend Deutsche Mark“ jeweils durch die Angabe „500 Euro“ und die Angabe „zehntausend Deutsche Mark“ durch die Angabe „5 000 Euro“ ersetzt.
2. In Artikel VIII werden die Worte „so beträgt das Mindestmaß fünf, das Höchstmaß tausend Deutsche Mark“ durch die Worte „so beträgt das Mindestmaß 2,50 Euro und das Höchstmaß 500 Euro“ ersetzt.

Artikel III

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 22. Oktober 2008

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter Momper

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus Wowereit

Anlage
zu Artikel I § 1

Verzeichnis der Rechtsvorschriften

1. Artikel II § 3 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Senatorengesetzes vom 4. November 1983 (GVBl. S. 1418), zuletzt geändert durch Nummer 56 der Anlage zum Gesetz vom 25. Juni 1992 (GVBl. S. 204)
2. Gesetz über die Durchführung der Volksabstimmung nach Artikel 100 Satz 2 der Verfassung von Berlin am 17. September 2006 vom 25. Mai 2006 (GVBl. S. 448)
3. Anlage 2 Abschnitt IV, VI Nr. 17, IX, XI und Anlage 3 Abschnitt III des Gesetzes über die Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts vom 28./29. September 1990 (GVBl. S. 2119/GVABl. S. 240, 272), zuletzt geändert durch Nummer 2 der Anlage zum Gesetz vom 4. März 2005 (GVBl. S. 125)
4. § 1 Abs. 1 Nr. 3, 4 und 7 und § 2 des Zweiten Gesetzes über die Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts vom 10. Dezember 1990 (GVBl. S. 2289/GVABl. S. 534), zuletzt geändert durch Nummer 3 der Anlage zum Gesetz vom 4. März 2005 (GVBl. S. 125)
5. Artikel X und XI Abs. 2 des Verwaltungsreformgesetzes vom 19. Juli 1994 (GVBl. S. 241), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 10. Juni 1998 (GVBl. S. 131)
6. Artikel XVI des Zuständigkeitsneuordnungsgesetzes vom 18. Dezember 2004 (GVBl. S. 516)
7. § 13 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Anstalt des öffentlichen Rechts IT-Dienstleistungszentrum Berlin vom 19. November 2004 (GVBl. S. 459)
8. § 4a des Bezirksamtsmitgliedergesetzes in der Fassung vom 1. April 1985 (GVBl. S. 958), zuletzt geändert durch Artikel II des Gesetzes vom 2. Dezember 2004 (GVBl. S. 489)
9. Artikel II § 2 Satz 2 des Gesetzes zur Änderung des Bezirksamtsmitgliedergesetzes vom 26. Februar 1985 (GVBl. S. 506)
10. Drittes Landesbeamtenrechtsänderungsgesetz vom 12. Juli 1960 (GVBl. S. 715)
11. Artikel I § 2 des Achten Landesbeamtenrechtsänderungsgesetzes vom 13. Mai 1969 (GVBl. S. 583), zuletzt geändert durch Nummer 18 der Anlage zum Gesetz vom 6. April 1987 (GVBl. S. 1302)
12. Artikel VI § 2 des Elften Landesbeamtenrechtsänderungsgesetzes vom 20. Februar 1979 (GVBl. S. 368), zuletzt geändert durch Artikel III des Gesetzes vom 20. April 1993 (GVBl. S. 187)
13. Artikel II § 1 des Sechzehnten Landesbeamtenrechtsänderungsgesetzes vom 27. September 1984 (GVBl. S. 1436)
14. Zwanzigstes Landesbeamtenrechtsänderungsgesetz vom 23. Dezember 1988 (GVBl. S. 2362)
15. Artikel XII § 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher und haushaltsrechtlicher Vorschriften vom 10. Februar 2003 (GVBl. S. 62)
16. Artikel III des Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Bezirksamtsmitgliedergesetzes vom 2. Dezember 2004 (GVBl. S. 489)

17. Artikel II der Siebenten Verordnung zur Änderung der Erholungsurlaubsverordnung vom 27. November 1986 (GVBl. S. 1843), geändert durch Nummer 75 der Anlage zum Gesetz vom 25. Juni 1992 (GVBl. S. 204)
18. Artikel V Abs. 2 der Zweiten Verordnung zur Änderung mutterschutz- und urlaubsrechtlicher Vorschriften vom 13. April 1999 (GVBl. S. 146)
19. Artikel IV der Verordnung zur Änderung arbeitszeitrechtlicher und urlaubsrechtlicher Vorschriften vom 28. August 1995 (GVBl. S. 571), geändert durch Artikel III der Verordnung vom 4. Dezember 1996 (GVBl. S. 516)
20. Artikel II §§ 1 und 2 der Elften Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung vom 13. Juli 1999 (GVBl. S. 410)
21. Artikel II und III der Fünfzehnten Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 2004 (GVBl. S. 530)
22. Artikel III § 1 des Gesetzes zur Änderung des Laufbahngesetzes und des Gesetzes über die Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts vom 19. Oktober 1995 (GVBl. S. 686)
23. Artikel IV § 1 der Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen nichttechnischen Dienst der allgemeinen Verwaltung vom 17. Dezember 1996 (GVBl. S. 572)
24. § 20 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Sozialversicherungsdienstes im Land Berlin vom 13. Dezember 2002 (GVBl. S. 374)
25. Artikel III der Verordnung zur Änderung von Laufbahnverordnungen vom 7. August 1995 (GVBl. S. 543)
26. Artikel II der Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Fachhochschulausbildung und die Prüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst – Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Gewerbeaußendienst – vom 26. August 2002 (GVBl. S. 264)
27. § 15 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken vom 16. August 2001 (GVBl. S. 486), geändert durch Artikel VI des Gesetzes vom 29. September 2004 (GVBl. S. 428)
28. Verordnung über das Auswahlverfahren bei Beförderungen von Steuerbeamten im Bereich der Oberfinanzdirektion Berlin vom 11. April 1974 (GVBl. S. 846)
29. § 26 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes an Justizvollzugsanstalten vom 23. November 2001 (GVBl. S. 600)
30. § 29 der Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst vom 25. April 2001 (GVBl. S. 121)
31. Assistentenverordnung vom 7. September 1965 (GVBl. S. 1188)
32. Artikel VIII § 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Berliner Disziplinarrechts vom 29. Juni 2004 (GVBl. S. 263)
33. Artikel II des Ersten Landesbesoldungsrechtsänderungsgesetzes vom 9. Juli 1984 (GVBl. S. 916), zuletzt geändert durch Artikel VI des Gesetzes vom 26. Oktober 1995 (GVBl. S. 699)
34. Artikel I § 2 des Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes vom 20. Februar 1995 (GVBl. S. 60)
35. Artikel I § 2 des Zehnten Landesbesoldungsrechtsänderungsgesetzes vom 12. Oktober 1995 (GVBl. S. 654)
36. Artikel III des Gesetzes zur Umsetzung des Professorenbesoldungsreformgesetzes und zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 2. Dezember 2004 (GVBl. S. 484)
37. Verordnung über die Gewährung von Unterrichtsgeldpauschalen vom 23. September 1968 (GVBl. S. 1454), geändert durch Verordnung vom 5. März 1969 (GVBl. S. 339)
38. Vorschaltgesetz Personalrecht vom 18. Juli 1991 (GVBl. S. 179)
39. Artikel II des Fünften Gesetzes zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes vom 26. Februar 2003 (GVBl. S. 118)
40. Artikel IV des Gesetzes zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes, des Landesgleichstellungsgesetzes und des Gesetzes zur Reform des Verfassungsschutzes im Land Berlin vom 29. Juni 2004 (GVBl. S. 261)
41. § 9 des Stellenpoolgesetzes vom 9. Dezember 2003 (GVBl. S. 589, 604)
42. § 4a des Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt vom 1. August 1909 (GVBl. Sb. I 204-1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Januar 1975 (GVBl. S. 634)
43. Artikel III § 2 und Artikel VIII des Gesetzes über die Neuorganisation der Gesundheits-, Sozial- und Arbeitsschutzverwaltung vom 12. November 1997 (GVBl. S. 596), geändert durch Nummer 126 der Anlage zum Gesetz vom 30. Juli 2001 (GVBl. S. 313)
44. Artikel VII und IX §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über die Aufgaben des Landesamtes für Gesundheit und Soziales Berlin und des Landesamtes für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin sowie anderer Vorschriften vom 5. Dezember 2003 (GVBl. S. 574)
45. § 55 des Landeskrankenhausgesetzes in der Fassung vom 1. März 2001 (GVBl. S. 110), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 30. März 2006 (GVBl. S. 300)
46. Reichsleistungsgesetz in der Fassung vom 1. September 1939 (GVBl. Sb. III 214-2), zuletzt geändert durch Artikel XXXV des Gesetzes vom 26. November 1974 (GVBl. S. 2746)
47. Zweite Durchführungsverordnung zum Reichsleistungsgesetz vom 31. März 1941 (GVBl. Sb. III 214-2-1)
48. Dritte Durchführungsverordnung zum Reichsleistungsgesetz vom 27. November 1944 (GVBl. Sb. III 214-2-2)
49. Artikel III Abs. 2 des Fünften Gesetzes zur Änderung des Kita- und Tagespflegekostenbeteiligungsgesetzes vom 5. Dezember 2003 (GVBl. S. 578, 604)
50. Artikel VII Abs. 2 des Kindertagesbetreuungsreformgesetzes vom 23. Juni 2005 (GVBl. S. 322)
51. Landesjugendamtseingliederungsgesetz vom 19. Mai 2004 (GVBl. S. 217)
52. Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht in der Fassung vom 30. Mai 1932 (GVBl. Sb. I 2170-1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.November 1961 (GVBl. S. 1647)
53. Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920 (GVBl. Sb. III 2183-1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469/GVBl. S. 874)
54. Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 19. Mai 1920 (GVBl. Sb. III 2183-1-1)
55. Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz gegen das Glücksspiel vom 27. Juli 1920 (GVBl. Sb. III 2191-3)
56. § 14 des Gesetzes über die „Stiftung Berliner Philharmoniker“ vom 12. Juli 2001 (GVBl. S. 252)
57. § 15 Abs. 1 bis 3 des Gesetzes über die „Stiftung Oper in Berlin“ vom 17. Dezember 2003 (GVBl. S. 609)
58. § 14 der Lehrverpflichtungsverordnung in der Fassung vom 27. März 2001 (GVBl. S. 74), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Juli 2004 (GVBl. S. 282, 2005 S. 412)
59. § 9 Abs. 1 bis 3 des Studentenwerksgesetzes vom 18. Dezember 2004 (GVBl. S. 521)
60. § 11 des Fusionsgesetzes vom 23. Juni 1992 (GVBl. S. 201)

61. § 10c des Berliner Hochschulzulassungsgesetzes in der Fassung vom 18. Juni 2005 (GVBl. S. 393), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Mai 2007 (GVBl. S. 198)
62. §§ 7 und 8 des Gesetzes zur Eingliederung der Berufsakademie Berlin in die Fachhochschule für Wirtschaft Berlin vom 2. Oktober 2003 (GVBl. S. 490)
63. Verordnung über die Diplom-Vorprüfung und die Diplomprüfung in den Studienbereichen Technik und Wirtschaft der Berufsakademie Berlin vom 13. Juli 1999 (GVBl. S. 438), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. August 2002 (GVBl. S. 245)
64. Neuordnungsgesetz Zahnmedizin vom 22. Dezember 1993 (GVBl. S. 657)
65. Artikel II des Siebenundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für Berlin vom 4. Juli 2002 (GVBl. S. 186)
66. § 29 der Grundschulverordnung vom 19. Januar 2005 (GVBl. S. 16, 140), geändert durch Verordnung vom 25. September 2006 (GVBl. S. 997)
67. Artikel II der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über Prüfungen zum nachträglichen Erwerb des Haupt-, des erweiterten Haupt- und des Realschulabschlusses vom 30. Mai 1995 (GVBl. S. 397)
68. § 48 Abs. 1 der Verordnung über Kollegs und Abendgymnasien vom 23. April 1987 (GVBl. S. 1637), zuletzt geändert durch Artikel XII der Verordnung vom 12. Oktober 2006 (GVBl. S. 1018)
69. § 41 der Sonderpädagogikverordnung vom 19. Januar 2005 (GVBl. S. 57), geändert durch Artikel II der Verordnung vom 28. Juni 2007 (GVBl. S. 279)
70. Verordnung über das Verbot der körperlichen Züchtigung in den Schulen und Erziehungsstätten Berlins vom 10. Juni 1948 (VOBl. S. 340)
71. Artikel III des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Schulverfassungsgesetzes vom 16. Januar 1979 (GVBl. S. 91), geändert durch Nummer 35 der Anlage zum Gesetz vom 6. April 1987 (GVBl. S. 1302)
72. Verordnung über die Anwendung des Schulverfassungsgesetzes auf die John-F.-Kennedy-Schule vom 8. Oktober 1980 (GVBl. S. 2285), geändert durch Verordnung vom 7. Juli 1987 (GVBl. S. 1891)
73. Verordnung über die Anwendung des Schulverfassungsgesetzes auf das Französische Gymnasium vom 8. Oktober 1980 (GVBl. S. 2286)
74. Landesschulamts-Eingliederungsgesetz vom 19. Juli 2002 (GVBl. S. 199, 208)
75. Artikel IX § 1 des Gesetzes zur Änderung lehrerbildungsrechtlicher Vorschriften vom 26. Oktober 1995 (GVBl. S. 699), geändert durch Nummer 109 der Anlage zum Gesetz vom 30. Juli 2001 (GVBl. S. 313)
76. Artikel III des Achten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes vom 10. Juni 1999 (GVBl. S. 204), geändert durch Artikel II des Gesetzes vom 4. April 2000 (GVBl. S. 278)
77. Artikel III Abs. 2 des Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsesetzes vom 4. Mai 2005 (GVBl. S. 287)
78. §§ 30 und 31 der Ergänzungsprüfungsordnung vom 12. August 2001 (GVBl. S. 474), geändert durch Artikel XXI der Verordnung vom 12. Oktober 2006 (GVBl. S. 1018)
79. Gesetz zum Staatsvertrag über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Stiftung Kulturfonds vom 27. September 1995 (GVBl. S. 627)
80. Artikel VII des Bibliotheksrechtlichen Änderungsgesetzes vom 29. September 2004 (GVBl. S. 428)
81. § 3 des Berliner Wohnungsgesellschafts-Vermögensgesetzes vom 10. Dezember 1993 (GVBl. S. 606)
82. Artikel II des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe vom 11. Dezember 2003 (GVBl. S. 591)
83. Artikel II des Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 18. Mai 2001 (GVBl. S. 150)
84. § 4 Abs. 2 2. Halbsatz des Gesetzes über die Wahl der Präsidentinnen und Präsidenten der oberen Landesgerichte vom 20. November 2002 (GVBl. S. 345)
85. Artikel III des Gesetzes zur Änderung von Zuständigkeitsregelungen im gerichtlichen Bereich vom 12. Oktober 2000 (GVBl. S. 444)
86. Artikel XI des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und anderer Vorschriften vom 20. November 2002 (GVBl. S. 346)
87. Artikel III Abs. 2 und 3 des Gesetzes zur Schaffung dezentraler Verwaltungsstrukturen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit vom 19. November 2004 (GVBl. S. 463)
88. Artikel II Abs. 2 des Achten Gesetzes zur Änderung des Berliner Richtergesetzes vom 25. März 2004 (GVBl. S. 136)
89. § 2 der Verordnung zur Übertragung der Aufgaben und Befugnisse nach dem Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 28. Juli 2000 (GVBl. S. 394)
90. § 7 Abs. 2 der Verordnung über die Erhebung von Gebühren in der zweiten juristischen Staatsprüfung vom 19. April 1997 (GVBl. S. 285), geändert durch Artikel I der Verordnung vom 13. September 2001 (GVBl. S. 514)
91. § 7 des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung vom 6. Juli 1998 (GVBl. S. 196)
92. Artikel 6 § 1, Artikel 7 § 2 und Artikel 8 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 20. September 1899 (GVBl. Sb. I 400-1), zuletzt geändert durch Artikel II des Gesetzes vom 3. Juli 2003 (GVBl. S. 253)
93. §§ 2, 4 und 5 des Gesetzes zur Ausführung des Berufsvormündervergütungsgesetzes vom 5. Oktober 1999 (GVBl. S. 539)
94. Berufsvormünderprüfungsverordnung vom 8. Dezember 1999 (GVBl. S. 673)
95. Höchstmietenverordnung vom 26. Oktober 1990 (GVBl. S. 2235)
96. Artikel XVI Abs. 1 des Haushaltsstrukturgesetzes 1998 vom 19. Dezember 1997 (GVBl. S. 686)
97. Artikel XXIII und XXIV des Haushaltsentlastungsgesetzes 2002 vom 19. Juli 2002 (GVBl. S. 199)
98. Gesetz zu dem Abkommen über die Durchführung der Wirtschaftsprüferordnung in den Ländern Berlin und Brandenburg vom 14. Juni 1996 (GVBl. S. 234)
99. Gesetz über den Hufbeschlag vom 20. Dezember 1940 (GVBl. Sb. III 7138-5), geändert durch Artikel LVIII des Gesetzes vom 26. November 1974 (GVBl. S. 2746)
100. § 9 Abs. 3 der Indirekteinleiterverordnung vom 1. April 2005 (GVBl. S. 224)
101. Artikel III des Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Landesbank Berlin – Girozentrale – vom 19. September 2002 (GVBl. S. 286), geändert durch Artikel IV Abs. 2 des Gesetzes vom 25. Mai 2004 (GVBl. S. 226)
102. § 7 des Abspaltungsgesetzes vom 25. Mai 2004 (GVBl. S. 226)
103. Tierseuchenpolizeiliche Anordnung über die Bekämpfung der Beschälseuche der Pferde vom 17. September 1946 (VOBl. S. 359)
104. Verordnung zur Durchführung des Reichsgesetzes gegen Waldverwüstung vom 24. Februar 1934 (GVBl. Sb. I 790-1)
105. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Durchführung des Arbeitsschutzes in der Fassung vom 21. April 1953 (GVBl. S. 242)
106. § 23 des Landesseilbahngesetzes vom 9. März 2004 (GVBl. S. 110), geändert durch § 10 des Gesetzes vom 7. Juni 2007 (GVBl. S. 222)

Verordnung

über die Verlängerung der Veränderungssperre 11-37/14 im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Friedrichsfelde

Vom 18. September 2008

Auf Grund des § 16 Abs. 1 und des § 17 Abs. 1 Satz 3 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I. S. 3316), in Verbindung mit § 13 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Die durch Verordnung vom 21. September 2007 (GVBl. S. 509) erlassene Veränderungssperre 11-37/14 wird um ein Jahr bis zum 26. November 2009 verlängert.

§ 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Lichtenberg von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 18. September 2008

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Emmrich	Geisel
Bezirks-bürgermeisterin	Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr

Verordnung

über die angemessene Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) für das Jahr 2009

Vom 7. Oktober 2008

Auf Grund des § 16 Abs. 5 und 8 des Berliner Betriebe-Gesetzes vom 14. Juli 2006 (GVBl. S. 827), zuletzt geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung des Berliner Betriebe-Gesetzes vom 15. Dezember 2007 (GVBl. S. 602), wird verordnet:

§ 1

Zinssatz

Das betriebsnotwendige Kapital der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) ist, soweit verzinsbar, für das Jahr 2009 mit 7,69 vom Hundert zu verzinsen.

§ 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 7. Oktober 2008

Der Senat von Berlin

Klaus Wowereit	Harald Wolf
Regierender Bürgermeister	Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Verordnung

über die Verlängerung der Veränderungssperre 3-12/2 im Bezirk Pankow, Ortsteil Weißensee

Vom 14. Oktober 2008

Auf Grund des § 16 Abs. 1 und des § 17 Abs. 1 Satz 3 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), in Verbindung mit § 13 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Die durch Verordnung vom 12. August 2008 (GVBl. S. 233) erlassene Veränderungssperre 3-12/2 wird um ein Jahr bis zum 13. November 2009 verlängert.

§ 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Pankow von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 14. Oktober 2008

Bezirksamt Pankow von Berlin

Matthias Köhne	Dr. Michail Nelken
Bezirksbürgermeister	Bezirksstadtrat für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung

Erhaltungsverordnung

gemäß § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
für das Gebiet Krugpfuhlsiedlung
im Bezirk Neukölln von Berlin, Ortsteil Britz

Vom 16. Oktober 2008

Auf Grund des § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), in Verbindung mit § 30 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieser Verordnung umfasst das innerhalb der in der beiliegenden Karte durch eine durchgehende Linie eingegrenzte Gebiet zwischen der Teterower Straße im Norden, der Buschkrugallee im Osten, der Parchimer Allee im Süden und der Fritz-Reuter-Allee im Westen, im Bezirk Neukölln von Berlin, Ortsteil Britz. Die Karte im Maßstab 1 : 5 000 ist Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2

Gegenstand der Verordnung – Genehmigungspflicht

(1) Zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt bedürfen in dem in § 1 bezeichneten Gebiet der Rückbau, die Änderung, die Nutzungsänderung oder die Errichtung baulicher Anlagen der Genehmigung.

(2) Die Genehmigung zum Rückbau, zur Änderung oder Nutzungsänderung darf nur versagt werden, wenn die bauliche Anlage allein oder im Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen das Ortsbild, die Stadtgestalt oder das Landschaftsbild prägt oder sonst von städtebaulicher, insbesondere geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung ist.

(3) Die Genehmigung zur Errichtung der baulichen Anlage darf nur versagt werden, wenn die städtebauliche Gestalt der gemäß § 1 geschützten Siedlung durch die beabsichtigte bauliche Anlage beeinträchtigt wird.

§ 3

Zuständigkeit

Die Genehmigung wird durch das Bezirksamt Neukölln von Berlin erteilt.

§ 4

Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine Verletzung der im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthaltenen Verfahrens- und Formvorschriften innerhalb von zwei Jahren,
2. beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nach § 214 Abs. 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs innerhalb von einem Jahr

seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Neukölln von Berlin, Abteilung Bauwesen, geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie die beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs gemäß § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuchs und § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

Wer eine bauliche Anlage innerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung ohne die dafür nach § 2 erforderliche Genehmigung rückbaut oder ändert, handelt gemäß § 213 Abs. 1 Nr. 4 des Baugesetzbuchs ordnungswidrig und kann gemäß § 213 Abs. 2 des Baugesetzbuchs mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro belegt werden.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

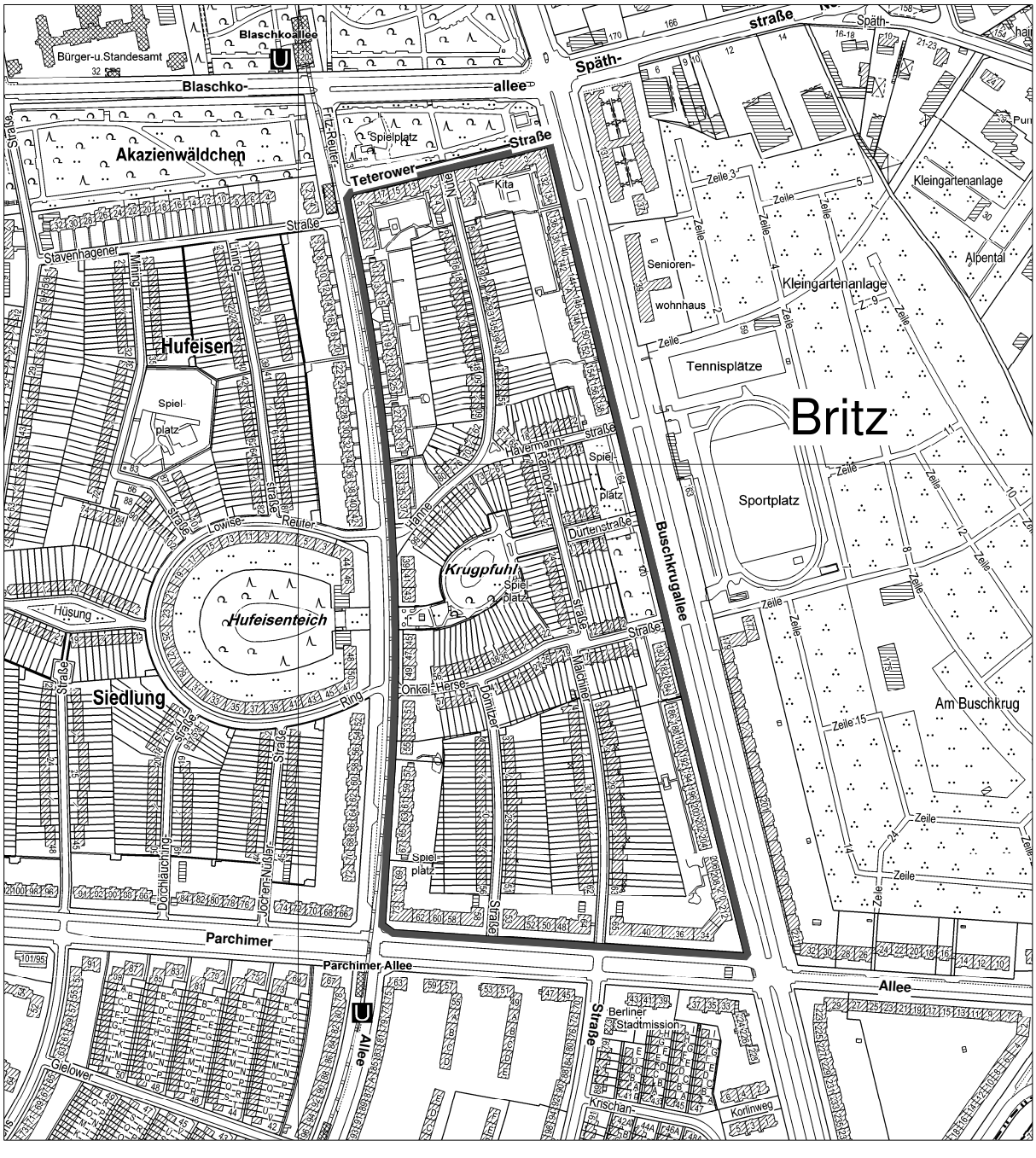
Berlin, den 16. Oktober 2008

Bezirksamt Neukölln von Berlin

Buschkowsky	Blesing
Bezirksbürgermeister	Bezirksstadtrat

Bezirksamt Neukölln von Berlin

Abt. Bauwesen
Amt für Planen, Bauordnung und Vermessung
Fachbereich Stadtplanung



Geltungsbereich des Erhaltungsgebietes Krugpfuhlsiedlung

Anlage zu § 1
der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB
für das Gebiet Krugpfuhlsiedlung im Bezirk Neukölln von Berlin,
Ortsteil Britz

Kartengrundlage: Karte von Berlin
Maßstab: 1:5000

Erhaltungsverordnung

gemäß § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
für das Gebiet Ortskern Rudow
im Bezirk Neukölln von Berlin, Ortsteil Rudow

Vom 16. Oktober 2008

Auf Grund des § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), in Verbindung mit § 30 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

Die Verordnung gilt für das in der anliegenden Karte im Maßstab 1 : 5 000 eingegrenzte, schraffiert dargestellte Gebiet. Der Geltungsbereich umfasst nachfolgend aufgeführte Grundstücke/Bereiche im Erhaltungsgebiet Ortskern Rudow, Ortsteil Rudow:

Alt-Rudow 19, 23–26, 27–27A (teilweise), 28–29, 30–34, 35 (teilweise), 36, 36A (teilweise), 37–39, 40–41, 42–45, 46 (teilweise), 47A, 48 (teilweise), 49–50, 52–64 und 67–74,

Prierosser Straße 28–38, 39–40, 41 (teilweise), 42–46, 47/51A (teilweise), 48, 50 (teilweise), 52 (teilweise), 53, 54–56A (teilweise), 57, 58–58G (teilweise), 60/64, 65–72 und 74–79,

Krokusstraße 79 (teilweise), 80, 81 (teilweise), 83–97, Köpenicker Straße 164, 165–165B (teilweise) und 167–192,

Neudecker Weg 144 sowie Abschnitte der Straßen Alt-Rudow, Prierosser Straße, Krokusstraße, Köpenicker Straße, Am Hanffgraben und Lupinenweg.

Die Innenkante der Geltungsbereichsgrenze bildet die Gebietsgrenze. Die Karte im Maßstab 1 : 5 000 ist Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2

Gegenstand der Verordnung – Genehmigungspflicht

Zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt bedürfen in dem in § 1 bezeichneten Gebiet der Rückbau, die Änderung, die Nutzungsänderung oder die Errichtung baulicher Anlagen der Genehmigung. Die Genehmigung zum Rückbau, zur Änderung oder zur Nutzungsänderung darf nur versagt werden, wenn die bauliche Anlage allein oder im Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen das Ortsbild, die Stadtgestalt oder das Landschaftsbild prägt oder sonst von städtebaulicher, insbesondere geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung ist. Die Genehmigung zur Errichtung der baulichen Anlage darf nur versagt werden, wenn die städtebauliche Gestalt des gemäß § 1 geschützten Gebietes durch die beabsichtigte bauliche Anlage beeinträchtigt wird.

§ 3

Zuständigkeit

Die Genehmigung wird durch das Bezirksamt Neukölln von Berlin erteilt.

§ 4

Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine Verletzung der im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthaltenen Verfahrens- und Formvorschriften innerhalb von zwei Jahren,
2. beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nach § 214 Abs. 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs innerhalb von einem Jahr

seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Neukölln von Berlin, Abteilung Bauwesen, geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie die beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs gemäß § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuchs und § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

Wer eine bauliche Anlage innerhalb des Geltungsbereichs dieser Verordnung ohne die dafür nach § 2 erforderliche Genehmigung rückbaut oder ändert, handelt gemäß § 213 Abs. 1 Nr. 4 des Baugesetzbuchs ordnungswidrig und kann gemäß § 213 Abs. 2 des Baugesetzbuchs mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro belegt werden.

§ 6

Ausnahmen

§ 2 ist nicht auf Grundstücke anzuwenden, die den in § 26 Nr. 2 des Baugesetzbuchs bezeichneten Zwecken dienen, und nicht auf die in § 26 Nr. 3 des Baugesetzbuchs bezeichneten Grundstücke. Das Bezirksamt Neukölln von Berlin unterrichtet die Bedarfsträger dieser Grundstücke von dieser Verordnung. Beabsichtigt ein Bedarfsträger dieser Grundstücke ein Vorhaben im Sinne von § 2, hat er dies dem Bezirksamt mitzuteilen.

§ 7

Inkrafttreten

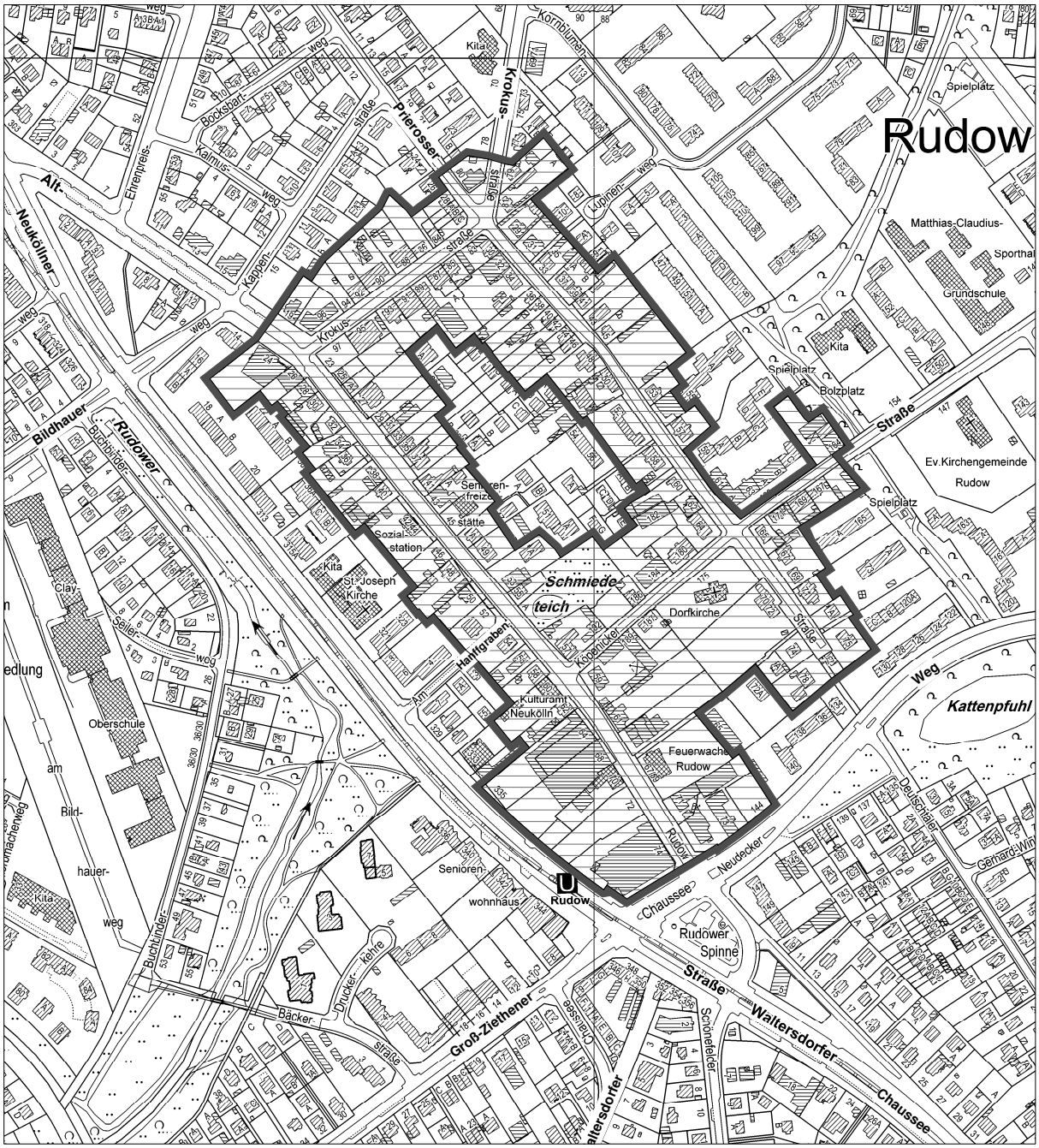
Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 16. Oktober 2008

Bezirksamt Neukölln von Berlin

Buschkowsky	Blesing
Bezirksbürgermeister	Bezirksstadtrat

Bezirksamt Neukölln von Berlin
Abt. Bauwesen
Amt für Planen, Bauordnung und Vermessung
Fachbereich Stadtplanung



Geltungsbereich des Erhaltungsgebietes Ortskern Rudow

Anlage zu § 1
der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB
für das Gebiet Ortskern Rudow im Bezirk Neukölln von Berlin,
Ortsteil Rudow

Kartengrundlage: Karte von Berlin
Maßstab: 1:5000

Verordnung

über die Festsetzung des Bebauungsplans 7-17 im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Schöneberg

Vom 21. Oktober 2008

Auf Grund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), in Verbindung mit § 6 Abs. 5 und mit § 11 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan 7-17 vom 14. Dezember 2007 mit Deckblatt vom 21. Mai 2008 für die Grundstücke Naumannstraße 31/85, Kolonnenstraße 30 C-H und Teilflächen des Grundstücks General-Pape-Straße 25 sowie der, den Grundstücken Kolonnenstraße 30 A-B und 30 K-L vorgelagerte Abschnitt der Planstraße im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Schöneberg, wird festgesetzt.

§ 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Abteilung Bauwesen, Amt für Geoinformation und Vermessung, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Abteilung Bauwesen, Amt für Planen, Genehmigen und Denkmalschutz, Fachbereich Planen und Fachbereich Genehmigen, kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Abs. 4 des Baugesetzbuchs)

wird hingewiesen.

§ 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften, die in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

in den Fällen der Nummern 1 bis 3 innerhalb von einem Jahr, in den Fällen der Nummer 4 innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 21. Oktober 2008

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Band	Krömer
Bezirksbürgermeister	Bezirksstadtrat

Verordnung

über die Verlängerung der Veränderungssperre 11-38/17 im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Fennpfuhl

Vom 29. Oktober 2008

Auf Grund des § 16 Abs. 1 und des § 17 Abs. 1 Satz 3 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2098), in Verbindung mit § 13 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Die durch Verordnung vom 23. November 2007 (GVBl. S. 593) erlassene Veränderungssperre 11-38/17 wird um ein Jahr bis zum 14. November 2009 verlängert.

§ 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Lichtenberg von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 29. Oktober 2008

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

E m m r i c h

Bezirksbürgermeisterin

Wichtige Information

für alle Abonnenten des Gesetz- und Verordnungsblatts für Berlin

Wir möchten Sie darüber informieren, dass das Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin ab dem 1. Januar 2009 nicht mehr von der Kulturbuch-Verlag GmbH, sondern von der LexisNexis Deutschland GmbH verlegt wird. Ab dem 1. Januar 2009 werden Sie daher das Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin direkt von der LexisNexis Deutschland GmbH zugestellt bekommen. Dies gilt ebenfalls für den Online-Leseservice, für den Sie die erforderlichen Zugangsdaten mit der ersten Rechnung erhalten werden.

Senatsverwaltung für Justiz

Im Auftrag
Blümel

Um weiterhin einen reibungslosen Bezug zu gewährleisten, möchten wir Sie daher bitten, uns Ihre Kontaktdaten und insbesondere **Ihre in Zukunft gewünschten Bezugskonditionen** mitzuteilen.

Bitte einfach kopieren, ausfüllen und faxen an: 0 25 33-93 00 908

Meine Kontaktdaten:

Vorname/Name	Behörde/Firma/Kanzlei
Straße/Nr.	PLZ/Ort
Tel.	Fax
E-Mail-Adresse	
Datum	✗ Unterschrift

Ich wünsche ab dem 1.1.2009 folgende Bezugskonditionen (bitte ankreuzen):

- ❑ quartalsweise Abrechnung in Höhe von 17,40 €*
- ❑ halbjährliche Abrechnung in Höhe von 34,80 €*
- ❑ jährliche Abrechnung in Höhe von 69,60 €*

*Alle Preise inkl. MwSt. und Versandkosten.

LexisNexis®

LexisNexis Deutschland GmbH
Feldstiege 100, 48161 Münster
Tel.: 0 25 33-93 00 907, Fax: 0 25 33-93 00 908
E-Mail: service@lexisnexis.de, Internet: www.lexisnexis.de

Kulturbuch-Verlag GmbH · Postfach 47 04 49 · 12313 Berlin
Postvertriebsstück · A 3227 A · Entgelt bezahlt · Deutsche Post AG

Herausgeber:
Senatsverwaltung für Justiz,
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

Redaktion:
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin, Fernruf: 90 13 33 80, Telefax: 90 13 20 08

Verlag und Vertrieb:
Kulturbuch-Verlag GmbH, Postfach 47 04 49, 12313 Berlin
Hausadresse: Berlin-Buckow, Sprosserweg 3, 12351 Berlin
Telefon: 6 61 84 84 oder 6 61 40 02; Telefax: 6 61 78 28
Internet: http://www.kulturbuch-verlag.de
E-Mail: kbvinfo@kulturbuch-verlag.de

Bezugspreis:
vierteljährlich 13,30 € einschließlich 7 % Umsatzsteuer
bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende.
Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.
Preis dieses Heftes 2,05 € zuzüglich Versandspesen
(Postbank Berlin, Konto Nr. 87 50 - 109, BLZ 100 100 10)

Druck:
H. Heenemann GmbH & Co., Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin